



Nr. 14

21. April 2016

Inhalt

[Einkommensrunde 2016 für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen: Bundesweite Warnstreiks+++](#)

[Unruhige Zeiten besondere Herausforderung für Bildungsberufe+++](#)

[dbb bundessenorenvertretung: Licht und Schatten in der Rentenpolitik+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb berlin erfolgreich: Jubiläumsszulage wird wieder eingeführt+++](#)

[Besoldung in Hessen: Landesregierung soll sich positionieren+++](#)

[DPhV: Länder verschleiern Unterrichtsausfall+++](#)

[VBE: Politik muss hohe Qualität von Ganztagsangeboten finanziell absichern+++](#)

[DPolG Bundespolizeigewerkschaft kritisiert sparen auf Kosten der Sicherheit+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2016 für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen: Bundesweite Warnstreiks

(dbb) Am 21. April 2016 kam es erneut zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Schwerpunkte waren Niedersachsen und das Saarland. Bereits am Vortag gab es zentrale Kundgebungen in Berlin und Baden-Württemberg. Die Beschäftigten erhöhen damit vor der dritten und vermutlich entscheidenden Verhandlungsrunde in der kommenden Woche den Druck auf die Arbeitgeber. Die Gewerkschaften fordern eine Einkommenserhöhung um 6 Prozent.

Im niedersächsischen Peine versammelten sich Beschäftigte aus der Region, um gemeinsam zu demonstrieren. Unterstützung erhielten sie vom dbb Verhandlungsführer Willi Russ und dem Vorsitzenden des NBB (Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion), Friedhelm Schäfer, die die Verhandlungsstrategie der Arbeitgeber angriffen - insbesondere „das so genannte Angebot“ der letzten Verhandlungsrunde. Der Warnstreik in Peine zeige, dass die Beschäftigten „Respekt und Wertschätzung für ihre Arbeit erwarten“, stellte Russ klar. NBB-Chef Schäfer verwies außerdem auf die weitreichenden Auswirkungen des Tarifabschlusses, der „den Maßstab für die anstehenden Erhöhungen von Besoldung und Versorgung 2017 und 2018“ bei den Beamten setze. Daher stünden beide Statusgruppen geschlossen hinter der Einkommensforderung.

Auch in Saarbrücken gab es eine große Kundgebung mit über 7.000 Teilnehmern. Der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Karl-Heiz Leverkus, bezeichnete dort das Angebot von Bund und Kommunen als „Mogelpackung“. Außerdem sei die Untätigkeit der Arbeitgeber bei der Festschreibung der unbefristeten Übernahme von Auszubildenden nicht nachvollziehbar. Ewald Linn, der Vorsitzende des dbb saar, warnte die Arbeitgeber vor einer Fortsetzung dieser Hinhaltenaktik: „Angesichts der Rekordwerte bei den Steuereinnahmen wollen die Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben und nicht mit Almosen abgespeist werden.“

Bereits am 20. April 2016 hatten in Berlin etwa 800 Beschäftigte, darunter viele Bundesbeam-

te, ihren Frust über das so genannte Angebot der Arbeitgeber beim letzten Verhandlungstermin in das Herz der Hauptstadt getragen. „Beamte dürfen zwar nicht streiken, aber ihre Stimme erheben dürfen sie sehr wohl. Nicht nur, um uns mit den angestellten Kolleginnen und Kollegen solidarisch zu zeigen. Sondern auch, um bereits jetzt klar zu machen: Die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Bundesbeamten ist nicht verhandelbar“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra bei der Auftaktkundgebung.

Am gleichen Tag gingen auch in Stuttgart etwa 1.100 Bundes- und Kommunalbeschäftigte auf die Straße. Der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Siegfried Damm ging bei der dortigen Kundgebung mit der Arbeitgeberseite ebenfalls hart ins Gericht: „Es reicht uns, dass wir wie lästige Bittsteller abgespeist werden sollen. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Wir werden uns die zustehende Wertschätzung für unsere Arbeit erkämpfen.“

Am 22. April 2016 wird in Thüringen eine große Demonstration in Erfurt stattfinden. „Wer den öffentlichen Dienst fit für die Herausforderungen der Zukunft machen will, muss seinen Beschäftigten auch eine entsprechende Perspektiven bieten“, sagte der Vorsitzende des tbb (beamtenbund und tarifunion thüringen), Helmut Lieberman, im Vorfeld.
(01/14/16)

Unruhige Zeiten besondere Herausforderung für Bildungsberufe

(dbb) „Wir leben in unruhigen Zeiten, Kontinuität wird von Dynamik verdrängt. Gerade jetzt stehen Lehrkräfte und Pädagogen vor der großen Herausforderung, jungen Menschen ein dauerhaft stabile Werteordnung mit auf den Lebensweg zu geben.“ Mit diesen Worten hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 16. April 2016 beim Ge-

werkschaftstag der Katholische Erziehergemeinschaft Deutschland (KEG) in Paderborn die Bedeutung der Bildungsberufe unterstrichen.

„Wir erleben, dass Bewährtes in Frage gestellt wird. Das gilt für die große Weltpolitik ebenso wie für das tägliche Miteinander in unserer Gesellschaft. Das muss nicht schlecht sein, wenn wir an den medizinische Fortschritt, die schnellere Kommunikation und den vereinfachten Zugang zu Wissen denken“, so der dbb Chef. Gleichzeitig gebe es aber auch viele unerfreuliche Entwicklungen. „Die Welt scheint auf allen Ebenen ruppiger zu werden. Die Politik wird zunehmend von Konfrontation statt der Suche nach dem Konsens dominiert. Und auch der persönliche Umgang wird rauer, wie nicht zuletzt die steigende Gewalt gegen Staatsbedienstete zeigt.“ Daher seien die Bildungsbeauftragten besonders herausgefordert, denn „sie können Kinder und Jugendlichen

einen starken Wertekanon vermitteln, der ihnen Orientierung und Halt gibt und dabei hilft, bei allen Unwägbarkeiten unserer Zeit, die Menschlichkeit nicht aus dem Blick zu verlieren.“

Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer wie die KEG-Mitglieder seien prädestiniert für diese Aufgabe. „Mit Ihrem am 15. April gewählten Präsidium um den Bundesvorsitzenden Bernd Uwe Althaus wünsche ich Ihnen bei dieser spannende Aufgabe viel Erfolg. Der dbb als Ihr Dachverband wird Sie dabei nach Kräften unterstützen“, sagte Dauerstädt zu den Delegierten.
(02/14/16)

dbb bundessenorenvertretung: Licht und Schatten in der Rentenpolitik

(dbb) Der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, Wolfgang Speck, hat am 20. April 2016 in Berlin die Zustimmung des Bundeskabinetts zur Rentenanpassung zum 1. Juli 2016 begrüßt: „So werden die Rentnerinnen und Rentner in diesem Jahr angemessen an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beteiligt.“ Die Rentenpolitik der Bundesregierung insgesamt sei jedoch von Licht und Schatten geprägt, so Speck. Denn mit dem weiteren Absinken des Rentenniveaus in den kommenden Jahren steige die Gefahr der Altersarmut.

„Menschen, die jahrzehntelang Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt haben, dürfen im Alter nicht zum Sozialamt geschickt werden. Die gesetzliche Rente muss ein Leben in Würde absichern und die Lebensleistung würdigen“, so der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung. Nach wie vor könne er zudem nicht nachvollziehen, dass es in Deutschland immer noch zwei unterschiedliche Rentenwerte für den Westen und Osten gebe.

Zwar sei erfreulich, dass der Abstand durch höhere Anpassung um 5,95 Prozent in den neuen Ländern gegenüber 4,25 Prozent in den

alten Ländern verringert werde. Aber selbst wenn die Anpassungen in den nächsten Jahren in Höhe und Differenz vergleichbar ausfallen würden, wäre ein einheitlicher Rentenwert in Deutschland erst in etwa fünf Jahren zu erreichen. „Dieser Zustand ist für die Rentnerinnen und Rentner im Osten Deutschlands unerträglich“, machte Speck deutlich. Außerdem habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Zweifel an der im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten vollständigen Angleichung der Rentenwerte bis 2020 gesät. „So schafft man kein Vertrauen in eine verlässliche Politik.“
(03/14/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin erfolgreich: Jubiläumszulage wird wieder eingeführt

(dbb) Der dbb berlin hat die Wiedereinführung der Jubiläumszulage rückwirkend zum 1. Januar 2016 erreicht. Das haben die Fraktionen von CDU und SPD im Berliner Ab-

geordnetenhaus – entgegen einer Senatsvorlage – beschlossen, und so soll es im Parlament am 28. April 2016 verabschiedet werden. Auch bei den Zulagen konnte der dbb berlin Erfolge verbuchen.

„Die langjährigen Leistungen der Beamtinnen und Beamten werden jetzt – wie bei den Tarifbeschäftigten – wieder gewürdigt. Die Akte Jubiläumsszuwendung kann nach jahrelanger Überzeugungsarbeit endlich abgelegt werden, sobald der Parlamentsbeschluss vorliegt“, sagte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker. Die Höhe der Zuwendung beträgt 350 Euro für 25 Dienstjahre, 450 Euro für 40 Dienstjahre und 550 Euro für 50 Dienstjahre.

Erfolgreich war der dbb berlin auch bei der Vollzugszulage im Justizvollzug: Rückwirkend zum 1. Januar 2016 wird diese ab dem zweiten Jahr auf 127,38 Euro erhöht. Im ersten Jahr

beträgt sie 95,53 Euro. Diese Zulage erhalten auch Justizwachtmeister im sicherheitsrelevanten Bereich. Darüber hinaus wird eine Zulage für Notfallsanitäter in Höhe von 200 Euro eingeführt.

Schließlich wird in Bereichen, in denen ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht, zur Attraktivitätssteigerung die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen ermöglicht. Diese Zuschläge sollen 70 Prozent des Anwärtergrundbetrages nicht übersteigen. Maximal dürfen sie 100 Prozent des Anwärtergrundbetrages betragen.
(04/14/16)

Besoldung in Hessen: Landesregierung soll sich positionieren

(dbb) Der dbb Hessen hat die hessische Landesregierung aufgefordert, ihre Pläne zur Beamtenbesoldung offen zu legen. „Die Landesregierung muss sich jetzt entscheiden. Entweder sie macht Ernst mit ihrer angedrohten Ein-Prozent-Erhöhung zum 1. Juli dieses Jahres, oder sie kehrt zu einer angemessenen, verfassungsgemäßen Alimentation der Beamten zurück. In jedem Fall muss nun dringend ein entsprechender Gesetzesentwurf eingebracht werden“, mahnt der Vorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt am 19. April 2016. „Die Landesregierung muss sich nun endlich klar positionieren.“

Der dbb Hessen, so Schmitt, bleibe bei seiner Forderung nach einer Übernahme des Tarifiergebnisses für 2015 und 2016 für die Beamtinnen und Beamten: „Es muss endlich Schluss sein mit den immer wieder von Beamten geforderten Sonderopfern.“ Komme kein entsprechendes Angebot, werde der dbb Hessen wie angekündigt zum Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Besoldung vor Gericht ziehen.

Schmitt wies außerdem darauf hin, dass der dbb Hessen in Ergänzung zu einem in Auftrag gegebenen Besoldungsgutachten und zur beabsichtigten Klage über seine Homepage eine Online-Petition gestartet habe, um die massiven Verschlechterungen für Beamte in den letzten Jahren anzuprangern und deren Rücknahme einzufordern.
(05/14/16)

DPhV: Länder verschleiern Unterrichtsausfall

(dbb) Der Deutsche Philologenverband hat an die Bundesländer appelliert, massiven Stundenausfall aufgrund von Lehrermangel nicht länger statistisch zu verschleiern. „Das Thema ist nach wie vor heiß an den Schulen“, sagte der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger am 18. April 2016 in Berlin. Sein Eindruck sei, dass viele Länder „gar nicht so genau wissen wollen“, wie viel Unterricht tatsächlich komplett ausfällt.

Meidinger verwies auf aktuelle Debatten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Es gebe erhebliche Differenzen zwischen dem Eindruck von Elternvertretern und Verbänden sowie offiziellen Statis-

tiken. Der DPhV gehe davon aus, dass aktuell 6 bis 7 Prozent der Stunden an den Schulen nicht erteilt werden - dies stehe im krassen Gegensatz zu amtlichen Angaben, beispiels-

weise zuletzt von 1,7 Prozent in NRW. „Als Vertretung kann ja auch gelten, dass ein Lehrer in der Aula für 150 Schüler die Hausaufgaben beaufsichtigt“, sagte Meidinger.

Laut DPhV-Chef macht jede Lehrkraft im Schnitt drei Stunden Mehrarbeit pro Woche, „nur damit die Statistik unter Kontrolle bleibt“.

Das produziere viele Verlierer: „Die Schüler, denen Unterricht entgeht, und die Lehrer, auf deren Rücken dies ausgetragen wird.“ Der Philologenverband verlangt deshalb Abhilfe etwa durch „mobile und integrierte Reserven“ von Lehrern, um Stundenausfall abzufedern. (06/14/16)

VBE: Politik muss hohe Qualität von Ganztagsangeboten finanziell absichern

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat mehr Geld für Ganztagschulen gefordert. Deren Qualität dürfe „nicht von der finanziellen Situation der einzelnen Kommune abhängen. Die Voraussetzungen müssen gemeinsam von Bund und Ländern geschaffen werden“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 14. April 2016.

Das Potenzial der Ganztagschule liege vor allem in den ganzheitlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder. Das belegten auch die Ergebnisse des Forschungsverbunds StEG (Studie zur Entwicklung von Ganztagschule), die am gleichen Tag in Berlin vorgestellt wurden. Das Lernen in Ganztagschulen hat demnach für Kinder positive Effekte für ihr Sozialverhalten, die Motivation, das Selbstkonzept und dauerhaft auch den Schulerfolg haben. Der VBE-Bundesvorsitzende betonte zudem den kompensatorischen Effekt für Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien. Damit seien Ganztagskonzepte auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Da die freiwillige Teilnahme jedoch oft mit Beiträgen verbunden sei, forderte Beckmann: „Der Staat ist in der Pflicht, gerechte Finanzierungsmodelle anzubieten, die die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zumindest ein Stück weit schließt.“ Zudem sollten alle Schulen – auch die Grundschulen – die Möglichkeit

bekommen, gebundene Ganztagschulkonzepte anzubieten.

„Es zeigt sich immer wieder, dass die Qualität der Angebote der Schlüssel zum Erfolg ist. Wir brauchen eine darauf abgestimmte Lehreraus-, -fort- und –weiterbildung, in der pädagogische Konzepte für Ganztagschulen vermittelt werden“, sagte Beckmann. Außerdem sei es notwendig, evaluierbare Mindeststandards für die personelle, sächliche und räumliche Ausstattung, die inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung sowie die Anforderung an die Qualifikation von Lehr- und Fachkräften festzusetzen. Die Qualität der Angebote an Ganztagschulen müssten deshalb durch finanzielle Ressourcen gesichert, durch angepasste Lehrerqualifikation befördert, durch das Arbeiten in multiprofessionellen Teams unterstützt und durch individuelle Lehrerarbeitsplätze an den Schulen ermöglicht werden. (07/14/16)

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft kritisiert sparen auf Kosten der Sicherheit

(dbb) Ernst G. Walter, Vorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, hat am 17. April 2016 im WDR das Sparen auf Kosten der Sicherheit kritisiert. Damit reagierte Walter auf kürzlich erfolgte Sicherheitstests durch EU-Kontrolleure am Flughafen Köln/Bonn, die erhebliche Sicherheitsmängel bei den Fluggastkontrollen erbrachten. So konnten mehrere gefährliche Gegenstände von den Testern unbehelligt mitgenommen werden.

Die Hauptverantwortung dafür liege beim Bund, sagte Walter. Der müsse endlich etwas unternehmen, um die Sicherheit und letztlich die eigenen Sicherheitsvorgaben für Flughäfen

zu erfüllen. Im Mittelpunkt der Fluggastkontrollen dürften nicht mehr Schnelligkeit und Kostenreduzierung stehen. (08/14/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der JVB - Landesverband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten e.V. trauert um seinen Ehrevorsitzenden **Eduard Walter**, der am 15. April 2016 verstorben ist. „Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie, wir werden Eduard Walter stets ein ehrendes Gedenken bewahren“, sagte der JVB-Vorsitzende Ralf Simon.

Am 28. und 29. April 2016 findet in Unterschleißheim der 20. Delegiertentag des **Baye-rischen Beamtenbundes** (BBB) statt. Der Delegiertentag ist das höchste Gremium des BBB, das in diesem Jahr unter dem Motto „Für Menschen. Mit Ideen.“ zusammentritt.

Das 25-jährige Jubiläum des **dbb branden-burg** wird am 27. April 2016 im Rahmen eines Parlamentarischen Abends im Brandenburger Landtag begangen.

Vom 23. bis 26. April 2016 findet in Halle an der Saale der Delegiertentag des **Bundes Deutscher Forstleute** (BDF) statt. Er tritt alle vier Jahre zusammen, um die Weichen für die Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahre zu stellen.

Der **dbb und seine Mitgliedsgewerkschaft GeNi** (Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen) haben die Verhandlungen mit der AMEOS Krankenhausgesellschaft Niedersachsen mbH am 20. April 2016 für gescheitert erklärt. Zuvor hatte die Arbeitgeberseite ein von den Gewerkschaften gesetztes Ultimatum zur Unterbreitung eines schriftlichen Angebotes verstreichen lassen. Es ist daher mit Streikmaßnahmen nach Ende der Friedenspflicht am 30. April 2016 zu rechnen.

Die Bundesvorsitzenden des Realschullehrerverbandes (**VDR**), Jürgen Böhm, und des Deutschen Philologenverbandes (**DPhV**), Heinz-Peter Meidinger, haben die an den Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg und der Koalitionsvereinbarung in Sachsen-Anhalt beteiligten Parteien vor faulen Kompromissen in der Bildungspolitik gewarnt. Das Bemühen um einen parteiübergreifenden Schulfrieden sei zwar grundsätzlich zu begrüßen. Damit dürfe aber keiner Schwächung des differenzierten Schulwesens Vorschub geleistet werden.
(09/14/16)